

Aufruf an die Wähler Europas (15. Januar 1979)

Legende: Auf seinem Kongreß in Brüssel vom 10.-15. Januar 1979 hat der Bund der Sozialdemokratischen Parteien in der Europäischen Gemeinschaft einstimmig einen Wahlauf Ruf zu den ersten Direktwahlen des Europäischen Parlamentes verabschiedet.

Quelle: KARNOFSKY, Eva-Rose. Parteienbünde vor der Europa-Wahl 1979, Integration durch gemeinsame Wahlaussagen?. Bonn: Europa Union Verlag GmbH, 1982. 407 S. ISBN 3-7713-0189-0. (Europäische Schriften des Instituts für Europäische Politik, Band 59).

Urheberrecht:

Alle Rechte bezüglich des Vervielfältigens, Veröffentlichens, Weiterverarbeitens, Verteilens oder Versendens an Dritte über Internet, ein internes Netzwerk oder auf anderem Wege sind urheberrechtlich geschützt und gelten weltweit.

Alle Rechte der im Internet verbreiteten Dokumente liegen bei den jeweiligen Autoren oder Anspruchsberechtigten.

Die Anträge auf Genehmigung sind an die Autoren oder betreffenden Anspruchsberechtigten zu richten. Wir weisen Sie diesbezüglich ebenfalls auf die juristische Ankündigung und die Benutzungsbedingungen auf der Website hin.

URL: http://www.cvce.eu/obj/aufruf_an_die_wahler_europas_15_januar_1979-de-1ef2b623-2a9d-404c-a4df-56ebc6c542c7.html

Publication date: 23/10/2012

Wahlaufruf des Bundes der Sozialdemokratischen Parteien in der EG

Aufruf an die Wähler Europas

1. Erstmals in ihrer Geschichte werden Bürger aus allen neun Ländern der EG, insgesamt mehr als 140 Millionen Wähler, ihre Abgeordneten zum Europäischen Parlament unmittelbar wählen.
2. Wir Sozialdemokraten sehen diese Wahlen in einem größeren Zusammenhang. Sie sind eine weitere Möglichkeit zur Schaffung einer von Unterdrückung und Ausbeutung freien Gesellschaft. Gemeinsam erstreben wir eine neue Ordnung auf der Grundlage der Werte des demokratischen Sozialismus. Der Wähler erhält somit unmittelbar Einfluß auf eine fortschrittliche Entwicklung in der Europäischen Gemeinschaft.
3. Beim Aufbau der Europäischen Gemeinschaft haben Konsequenzen des kapitalistischen Wirtschaftssystems, besonders private, wirtschaftliche und finanzielle Interessen, zu lange Vorrang vor gemeinsamen sozialen und humanen Zielen gehabt. Ein unmittelbar gewähltes Europäisches Parlament wird nicht von selbst die drängenden Probleme unserer Zeit lösen können. Jedes Land muß weiterhin alle Anstrengungen unternehmen, um die notwendigen sozialen und wirtschaftlichen Änderungen herbeizuführen. Nach unserer Überzeugung werden uns gemeinsame Aktionen zum Wohle unserer Länder diesen Zielen näher bringen.
4. Unsere Parteien tragen ein unterschiedliches historisches Erbe. Sie wirken in Ländern, in denen sich wirtschaftliche Entwicklung, Art der gesellschaftlichen Auseinandersetzungen, kulturelle Traditionen, Aufgeschlossenheit für die Probleme der Gesellschaft und die innenpolitische Bündnissituation stark voneinander unterscheiden. Unser gemeinsames Ziel ist ein menschlicheres Europa mit gleichen Chancen für alle Bürger.
5. Mit Besorgnis stellen wir folgendes fest:
 - die Schwierigkeiten angesichts der derzeitigen Gesellschaftsstruktur, das gewaltige Problem der Arbeitslosigkeit zu lösen;
 - daß eine Entwicklung zu weniger Gleichheit und Solidarität stattfindet, die sich in einer Vertiefung der Kluft zwischen reichen und armen Ländern in der Welt, aber auch in der Europäischen Gemeinschaft äußert;
 - daß unkontrollierte Produktions- und Verbrauchssteigerungen insbesondere in den reicheren Regionen der Welt, zu Raubbau an den vorhandenen Ressourcen und zur Verschmutzung der Natur führen, und zwar auf Kosten sich verschlechternder Lebens- und Arbeitsbedingungen für Millionen von arbeitenden Menschen.

Dem können Sozialdemokraten nicht tatenlos zusehen.

6. Deswegen fordern wir Sozialdemokraten:

- Sicherung des Rechts auf Arbeit für alle, besonders für Jugendliche;
- demokratische Kontrolle der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung;
- Bekämpfung der Umweltverschmutzung;
- Beseitigung jeglicher Diskriminierung, vor allem von Frauen;
- Schutz der Verbraucher;
- Förderung von Frieden, Sicherheit und Zusammenarbeit;
- Verteidigung und Erweiterung der Menschen- und Bürgerrechte.

A. Für die Sicherung des Rechts auf Arbeit

7. Arbeitslosigkeit ist eine Folge der Krise der gegenwärtigen Wirtschaftssysteme. Sie vergrößert die Ungleichheit unter den Menschen, sie schränkt das Recht der Frauen auf Arbeit ein, sie entmutigt die Jugendlichen, die keine Arbeit finden, sie trägt zu Hoffnungslosigkeit und Enttäuschung in der Gesellschaft

bei.

8. Wir Sozialdemokraten wollen erreichen, daß alle Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaft zur Wiederherstellung der Vollbeschäftigung durch eine Umstrukturierung und durch bessere Steuerungsinstrumente der Wirtschaft, ergänzt durch eine aktive Beschäftigungs- und Bildungspolitik, beitragen. Die Marktwirtschaft führt nicht von sich aus zu sozialer Gerechtigkeit. Solange keine echte Wirtschaftsdemokratie verwirklicht wird, können die Lebens- und Arbeitsbedingungen in absehbarer Zeit nicht menschlicher werden. Die konservative Forderung, die Arbeit dem Kapital unterzuordnen, wird abgelehnt.

Sozialdemokraten werden dafür sorgen, daß das weitere Wirtschaftswachstum vor allem den Beziehern niedriger Einkommen zugute kommt.

9. Das Recht auf Arbeit ist und bleibt eine Grundforderung der Sozialdemokratie. Es ist eines der Grundrechte für Männer und Frauen. Demzufolge müssen die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und die Sicherung der Vollbeschäftigung die vorrangige Aufgabe der Europäischen Gemeinschaft und ihrer Mitgliedstaaten sein. Hierbei legen die Sozialdemokraten das Schwergewicht nicht allein auf eine Politik der Vollbeschäftigung, sondern ebenso auf eine Politik, die die Schaffung besserer Arbeitsbedingungen zum Ziel hat.

10. Unser Eintreten für eine Gesellschaft, in der die verfügbaren Ressourcen gerecht verteilt werden, setzt voraus, daß wir die soziale und ökonomische Entwicklung beeinflussen wollen und können. Die klassischen Instrumente der Wirtschaftspolitik haben sich als nicht ausreichend erwiesen; eine aktive Beschäftigungspolitik und eine wirtschaftliche Rahmenplanung sind erforderlich, um die Arbeitslosigkeit zu verringern. Wir streben eine gerechtere Verteilung der verfügbaren Arbeit an, wobei die Verkürzung der täglichen Arbeitszeit, die 35-Stunden-Woche und systematische Berufsausbildungs- und Umschulungsprogramme eine wichtige Rolle spielen. Dies soll vor allem den sozialen Gruppen zugute kommen, die auf dem Arbeitsmarkt mit den größten Problemen zu kämpfen haben: Jugendliche, Frauen, ältere und ausländische Arbeitnehmer sowie Behinderte.

11. Wir erreichen dies am besten durch eine gemeinsame Politik, die zwischen den wichtigsten Industrienationen vereinbart wird. Diese gemeinsame Politik kann nur in enger Zusammenarbeit mit allen Gewerkschaften und besonders mit dem Europäischen Gewerkschaftsbund (EGB) verwirklicht werden.

Unsere Parteien betonen nachdrücklich, daß der EGB bei der Verteidigung der ideellen und materiellen Interessen der europäischen Arbeitnehmer ebenso wie bei der Verwirklichung des sozialen Fortschritts und bei der Demokratisierung der Wirtschaft eine zunehmende Rolle spielen muß. Der EGB muß weitgehend bei jeder Diskussion und Entscheidungsfindung beteiligt werden. Unsere Parteien bekräftigen ihre Bereitschaft, Initiativen soweit irgendetwas möglich mit der Gewerkschaftsbewegung abzustimmen.

12. Der Kampf gegen die Arbeitslosigkeit erfordert langfristige Strukturreformen und eine volkswirtschaftliche Rahmenplanung, wobei öffentliche Unternehmen in bestimmten Sektoren eine Schlüsselrolle spielen können.

B. Für Demokratische Steuerung der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung

13. Das wirtschaftliche Wachstum muß sich stärker an den Bedürfnissen der Menschen ausrichten. Nur so können die Verschwendung knapper Rohstoffe und die Umweltverschmutzung verhindert und eine größere Solidarität zwischen den Regionen bewirkt werden.

14. Daher fordern wir eine engere Zusammenarbeit auf dem Gebiet von Wissenschaft und Technologie mit dem Ziel, veraltete Industriestrukturen zu modernisieren und neue zu schaffen. Wir setzen uns für Strukturreformen, wirtschaftliche Vorausschau und eine wirksame Überwachung der nationalen und multinationalen Konzerne ein. Wichtig ist insbesondere die Beeinflussung von Investitionen in Wirtschaftszweigen mit starker internationaler Verflechtung. Die Mittel für die Regional- und Sozialpolitik

sollten erhöht werden, um die großen Ungleichheiten zwischen Regionen und Bevölkerungsgruppen zu verringern.

15. Wir treten ein für

- wirtschaftliche Stabilität sowie für wirkungsvolle und demokratische Wirtschaftsstrukturen;
- Demokratisierung der Wirtschaft auf allen Ebenen in Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften unter Berücksichtigung der besonderen Verhältnisse jedes einzelnen Landes;
- öffentliche Kontrolle großer industrieller und finanzieller Unternehmen und multinationaler Konzerne;
- die Entwicklung von Genossenschaften für Arbeitnehmer und gemeinnützige Unternehmen;
- Förderung von Klein- und Mittelbetrieben.

16. Ziele der gemeinsamen Agrarpolitik sind:

- besserer Ausgleich zwischen Produktion und Verbrauch;
- stabilere Preise und eine angemessene Entwicklung der Einkommen der in der Landwirtschaft Beschäftigten;
- eine verbesserte Strukturpolitik.

Dabei sind die Verbraucherinteressen voll zu berücksichtigen.

C. Für die Erhaltung unserer Umwelt

17. Die Europäische Gemeinschaft sollte im Rahmen der weltweiten Bemühungen um die Wiederherstellung des ökologischen Gleichgewichts einen aktiven Beitrag leisten.

18. Die Erhaltung unserer Umwelt und die Verbesserung der Lebensqualität kann kein Nationalstaat allein mehr sicherstellen. Nur wenn unsere Länder eng zusammenarbeiten, wenn sie Maßnahmen gemeinsam planen und durchführen, können sie den Menschen eine lebenswerte Umwelt erhalten.

19. Im Energiebereich schlagen wir vor:

- die Europäische Gemeinschaft sollte ein wirksames Programm zur Energieversorgung und Entwicklung alternativer Energiequellen ausarbeiten,
- die weitere Entwicklung und Nutzung der Kernenergie kann nur verantwortet werden, wenn durch Kontrolle der Unternehmen gewährleistet wird, daß alle Sicherheits- und Umweltprobleme zufriedenstellend gelöst werden.

D. Beseitigung der Diskriminierung, besonders der der Frauen

20. Wir Sozialdemokraten sind dem Grundsatz der Gleichheit verpflichtet. Daher wenden wir uns gegen jegliche Diskriminierung aufgrund des Geschlechts, der Rasse, der Religion sowie politischer und weltanschaulicher Überzeugungen.

Der lediglich mit politischen Überzeugungen begründete Ausschluß vom Staatsdienst wird abgelehnt.

Zur Verwirklichung des Gleichheitsgrundsatzes ist auch ein besonderer Schutz für unsere älteren Mitbürger, die Behinderten und für die gesellschaftlichen Randgruppen erforderlich.

Männer und Frauen müssen gleichberechtigt bei der Weiterentwicklung der Gesellschaft in allen ihren Bereichen mitwirken können. Gleiche Voraussetzungen sollten für Männer und Frauen beim Zugang zur Ausbildung, auf dem Arbeitsmarkt, bei den Sozialleistungen und im öffentlichen Leben gelten.

21. Um diese Ziele zu erreichen, fordern wir insbesondere

- eine Reform der Bildungsinhalte, die den Bedürfnissen der Frauen gerecht werden,
- den Zugang der Kinder aller Bevölkerungsgruppen zu den für sie vorgesehenen Einrichtungen,
- die Förderung von Toleranz und Solidarität in der Europäischen Gemeinschaft.

E. Für die Interessen der Verbraucher

22. In unserer konsumorientierten Gesellschaft hat der Schutz der Verbraucher vor aggressiver und irreführender Werbung, die die Verschwendung wertvoller Rohstoffe fördert, sowie vor Mißbrauch gesundheitsschädlicher Stoffe, eine besondere Bedeutung. Das Allgemeinwohl wird bei dem steigenden Verbrauch sinnloser Erzeugnisse häufig mißachtet.

23. Wir schlagen deshalb vor:

- sachliche Informationen zu fördern und die Möglichkeit des Einzelnen zu verbessern, gegen irreführende Werbung vorzugehen,
- demokratisch strukturierte Verbraucherverbände zu unterstützen und deren Rechte zu erweitern, gegen Mißbrauch von Seiten der Hersteller gerichtlich vorzugehen,
- die Erzeuger noch umfassender für die Qualität ihrer Produkte verantwortlich zu machen.

F. Für Frieden, Sicherheit und Zusammenarbeit

24. Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität sind nicht nur Grundsätze, die in unseren verschiedenen Ländern Gültigkeit haben. An ihnen orientieren wir uns auch bei den Bemühungen um eine neue Weltwirtschaftsordnung.

Wir Sozialdemokraten in Europa werden gleichzeitig unseren Beitrag zur Entspannung zwischen Ost und West leisten.

Wir setzen uns für die volle Anwendung der Vereinbarungen von Helsinki und für weltweiten Frieden und Sicherheit ein. Ebenso muß alles getan werden, um den Rüstungswettlauf insbesondere im Bereich der Kernwaffen einzudämmen und den Waffenhandel unter internationale Kontrolle zu bringen. Gegen die Weiterverbreitung von Kernwaffen müssen zufriedenstellende Maßnahmen getroffen werden. Sozialdemokraten wenden sich gegen Waffenlieferungen an faschistische oder rassistische Regime.

25. Mittel- und langfristig werden die reichen Länder einen langsameren Anstieg ihres Wohlstandes hinnehmen müssen, um den Nord-Süd-Konflikt zu bewältigen. Nur wenn Europa seine Solidarität mit den ärmeren Regionen in der Welt durch Taten beweist, wird es wirkungsvoll zu einem dauerhaften Frieden beitragen können.

26. Deshalb wollen wir die Zusammenarbeit zwischen Europa und den Entwicklungsländern verstärken. Grundsätze dieser Zusammenarbeit sind:

- die Verpflichtung der Gemeinschaft, für einen umfassenden Fortschritt der Entwicklungsländer zu wirken;

- die volle Anerkennung der Unabhängigkeit der Entwicklungsländer und ihr Recht auf Freiheit ohne jegliche politische oder wirtschaftlich motivierte Intervention;
- größerer Nutzen für die Entwicklungsländer durch die Handelsbeziehungen;
- wissenschaftliche und technische Zusammenarbeit in beiderseitigem Interesse;
- Abschluß eines Übereinkommens für gemeinsame Maßnahmen, um weltweit zu wirksamen und gerechten Regeln für das Währungssystem und den Handel zu gelangen.

27. Wir begrüßen das Lomé-Abkommen als einen wichtigen Schritt in die richtige Richtung. Dennoch bleibt auf dem Gebiet der Entwicklungshilfe und Zusammenarbeit noch viel zu tun.

Unser Programm in diesem Bereich sieht vor:

- die Hilfe sollte auf die ärmsten sowie auf die Länder konzentriert werden, die eine Sozialpolitik zur Verbesserung der Lage ihrer ärmsten Bevölkerungsschichten verfolgen;
- die öffentliche Entwicklungshilfe ohne Auflage sollte auf 1 % des Bruttonettoprodukts der Europäischen Gemeinschaft erhöht werden;
- die Gemeinschaft sollte ihre Finanzkraft auf nichtassoziierte Länder ausdehnen;
- das integrierte Rohstoffprogramm von UNCTAD IV sollte gefördert werden;
- die Europäische Gemeinschaft sollte die UN-Charta über die wirtschaftlichen Rechte und Pflichten der Staaten annehmen und in die Tat umsetzen.

G. Für die Erweiterung und Verteidigung der Menschenrechte und bürgerlichen Freiheiten

28. Die Menschenrechte ergeben sich aus den elementarsten menschlichen Bedürfnissen. Die Schaffung eines freien und demokratischen politischen, wirtschaftlichen und sozialen Systems stellt den einzig sicheren Weg zur Durchsetzung fundamentaler Menschenrechte dar.

Das Eintreten für die Menschenrechte darf nicht zu einem Instrument der politischen Opportunität werden.

29. Deswegen werden wir im Europäischen Parlament dafür eintreten:

- daß alle Mitgliedstaaten der Gemeinschaft die Anwendung der Europäischen Konvention der Menschenrechte uneingeschränkt sicherstellen;
- daß die Europäische Gemeinschaft beim Kampf um die Verwirklichung der Menschenrechte überall in der Welt in vorderster Front steht.

30. Im Interesse der Bürger in der Gemeinschaft werden wir uns dafür einsetzen, daß

- alle gesetzlichen und politischen Benachteiligungen von Bürgern eines Mitgliedstaates beseitigt werden, wo immer sie sich in der Gemeinschaft aufhalten;
- die wirtschaftlichen und sozialen Grundrechte im Gemeinschaftsrecht verankert werden, insbesondere das Recht auf Arbeit. Die Diskriminierung von Ausländern muß vollständig beseitigt werden;
- allen Gemeinschaftsbürgern ein Höchstmaß an politischen Mitwirkungsrechten und bürgerlichen Rechten zuerkannt wird.

31. Wir begrüßen die Wiederherstellung der Demokratie in Griechenland, Spanien und Portugal und unterstützen nachdrücklich den Beitritt dieser Länder zur Gemeinschaft. Nach unserer Auffassung ist das demokratische Europa in hohem Maße mitverantwortlich für die Festigung der Demokratie in diesen Ländern. Es ist aufgerufen, den Beweis für seine Solidarität mit den Arbeitnehmern dieser Länder zu erbringen.

Wir wissen, daß die wirtschaftlichen und sozialen Strukturen der beitrittswilligen Länder es angesichts der Beschaffenheit ihrer Erzeugnisse erforderlich machen, daß Bestimmungen und Fristen für angemessene Übergangszeiten vereinbart werden, um die legitimen Interessen aller Menschen sowohl innerhalb der Gemeinschaft als auch in Griechenland, Spanien und Portugal zu wahren.

Die Erweiterung der Gemeinschaft muß eine Quelle neuer Stärke und Dynamik für Europa werden.

32. Die Europäische Gemeinschaft ist für uns kein Selbstzweck. Sie ist auch nicht die Gesamtheit Europas. Die Verwendung des Begriffs „Europa“ für die Europäische Gemeinschaft verstellt den Blick für die Tatsache, daß die Mehrheit der europäischen Staaten und Völker nicht Teil dieser Gemeinschaft ist. Der Kampf für die Stärkung der internationalen Sozialdemokratie geht über die Grenzen der Gemeinschaft hinaus.

33. Das direkt gewählte Europäische Parlament wird sich zunächst im Rahmen der bestehenden Verträge entwickeln müssen. Wir erkennen an, daß jede weitere Übertragung von Befugnissen von nationalen Regierungen auf die Gemeinschaftsinstitutionen oder von nationalen Parlamenten auf das Europäische Parlament nur aufgrund eindeutiger Zustimmung der nationalen Regierungen und Parlamente stattfinden kann.

34. Die Sozialdemokraten sind in allen neun Mitgliedstaaten der Gemeinschaft eine wichtige und festgefügte politische Kraft.

Die in diesem Aufruf niedergelegten politischen Zielsetzungen werden von allen sozialdemokratischen Parteien der Europäischen Gemeinschaft getragen. Wir werden in allen unseren Ländern dafür solidarisch eintreten.

35. Die fortschrittliche Politik der sozialdemokratischen Parteien ist jetzt wichtiger denn je für die Interessen der europäischen Völker. Es ist offensichtlich, daß der Kapitalismus die bestehenden Probleme nicht lösen kann. Die Lösung vieler dieser Probleme kann durch Maßnahmen sowohl im nationalen als auch im Gemeinschaftsrahmen erreicht werden, wobei eine engere europäische Zusammenarbeit dies wesentlich erleichtern kann.

Um erfolgreich im Interesse aller Menschen tätig werden zu können, müssen die Sozialdemokraten stark sein sowohl in dem direkt gewählten Europäischen Parlament als auch in den Parlamenten der Mitgliedstaaten.